

Ursula Hoffmann-Lange/Martina Gille/Helmut Schneider

Jugend und Politik in Deutschland

Ein Überblick über den Stand der Forschung

1. Vorbemerkung

Die spezifische Situation einer vier Jahrzehnte währenden getrennten politischen Entwicklung der beiden Teile Deutschlands bedingt, daß auch nach Vollzug der Vereinigung die politischen Kulturen der beiden Teile Deutschlands getrennt betrachtet werden müssen. Dies ist notwendig, um den Prozeß des gesellschaftlichen und kulturellen Zusammenwachsens nachvollziehen zu können, der mit der politischen Vereinigung nicht abgeschlossen ist, sondern mit Sicherheit noch eine geraume Zeit benötigen wird. Dies gilt selbstverständlich auch für das Verhältnis von Jugend und Politik.

In der alten Bundesrepublik wurde seit den fünfziger Jahren eine Vielzahl von allgemeinen Bevölkerungsumfragen und Jugendstudien durchgeführt. Das Informationsniveau über die Lebensbedingungen sowie die gesellschaftlichen und politischen Einstellungen von Jugendlichen ist daher relativ hoch. Zudem lassen verschiedentliche Replikationen früherer Fragestellungen und Untersuchungen vielfach auch Aussagen über Entwicklungen im Zeitverlauf zu.

Demgegenüber sind erheblich weniger Informationen über die Jugendlichen in der ehemaligen DDR verfügbar. Aufgrund der restriktiven Wissenschaftspolitik der DDR-Führung ist die Datenlage hier sogar noch erheblich schlechter als für die übrigen Staaten des ehemals sozialistischen

Blocks. Für viele Jahre war das Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ), Leipzig, die einzige Einrichtung, die in der DDR überhaupt Umfrageforschung betreiben konnte, und auch dies nur unter großen Einschränkungen. Von daher ist es begrüßenswert, daß seit der Wende 1989 geradezu ein Boom an gesamtdeutschen Umfragen zu verzeichnen ist, so daß zumindest für den Zeitraum seit Anfang 1990 ausreichend Daten über die Lebensbedinglichkeiten und Einstellungen der ost- und westdeutschen Jugendlichen vorliegen.

Seit 1990 wurden neben zahlreichen gesamtdeutschen Repräsentativbefragungen auch mehrere Jugendstudien durchgeführt. Hierzu gehört vor allem der Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts (DJI), die bislang umfangreichste Erhebung über politische Orientierungen Jugendlicher und junger Erwachsener im vereinten Deutschland¹. Im folgenden werden wir uns bei der Darstellung von Einzelergebnissen vor allem auf diese Untersuchung stützen.

2. Kognitive Mobilisierung und politisches Interesse

In der Jugendsoziologie besteht weitgehend Einigkeit darüber, daß die Verlängerung der Bildungswege und die Individualisierung der Lebensbedingungen in den postindustriellen Demokratien sowohl zur Herausbildung eigenständiger Jugendkulturen als auch zu einer stärkeren Betonung von Selbstverwirklichungswerten geführt haben, während materielle Werte wie auch Pflicht- und Akzeptanzwerte in ihrer Bedeutung zurückgegangen sind (vgl. Klages/Herbert 1983, Inglehart 1989). Der Wertewandel hat eine Verschiebung in den politischen Zielen mit sich gebracht, die die Menschen anstreben. Traditionelle wirtschaftliche und sicherheitspolitische Ziele werden zunehmend in Frage gestellt, und gleichzeitig nehmen Forderungen nach umfassendem Umweltschutz und nach mehr Partizipationsmöglichkeiten für die Bürger an die Politik zu.

1 Der DJI-Jugendsurvey ist eine repräsentative Umfrage unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen von 16–29 Jahren mit insgesamt 4526 Befragten in den alten und 2564 in den neuen Bundesländern. Die Erhebung wurde von GFM-GETAS, Hamburg, im Oktober/November 1992 durchgeführt.

Die „kognitive Mobilisierung“ zunehmender Teile der Bevölkerung ist eine weitere Entwicklungslinie, die Einfluß auf das Verhältnis der Bürger zur Politik hat. Sie führte zu einer Anhebung des Verständnisses für politische Fragen und macht eine zunehmende Zahl von Wählern unabhängig von festen Parteibindungen, da diese nunmehr zu einer selbständigen Beurteilung politischer Vorgänge in der Lage sind (Dalton/Rohrschneider, 1990: 315 ff.).

In Verbindung mit der vielfach konstatierten Auflösung der traditionellen soziokulturellen Milieus bedeutet dies, daß die Jugendlichen in solchen Gesellschaften heute weit weniger als früher in sozialstrukturell vorgegebene politische Loyalitäten hineinwachsen. Dadurch ist der Erwerb politischer Orientierungen sehr viel stärker durch individuelle Erfahrungen und Vorlieben beeinflußt. Da die politischen Orientierungen eines Menschen nach dem Eintritt in das Erwachsenenleben relativ stabil bleiben, vollziehen sich diese Wandlungsprozesse aber graduell und werden primär von den jüngeren Altersgruppen getragen.

Die Zahlen über die Entwicklung des politischen Interesses zeigen allerdings die begrenzte Gültigkeit der These von der kognitiven Mobilisierung. Sie deuten auf einen zwar kräftigen Anstieg des politischen Interesses in der Gesamtbevölkerung seit den fünfziger Jahren hin, der sich dann jedoch seit Mitte der siebziger Jahre auf einem mittlerem Niveau stabilisiert hat (Bürklin, 1992: 31).

Ganz generell ist Politik nach wie vor ein für die Bürger eher peripherer Lebensbereich. Dies gilt für junge Menschen in besonderem Maße. Alle verfügbaren Informationen über das politische Interesse und die politische Beteiligung bestätigen eine wesentlich geringere Einbindung jüngerer Menschen in das politische System. Sie ist darauf zurückzuführen, daß das politische Verständnis Ergebnis eines längeren Sozialisationsprozesses ist. Entsprechend ist die Herausbildung stabiler politischer Orientierungen erst mit der vollen Übernahme der Erwachsenenrolle abgeschlossen, die heute wesentlich später erfolgt. Dies ist bei Vergleichen zwischen Altersgruppen stets zu berücksichtigen.

Das Ausmaß des politischen Interesses und der Bereitschaft zur politischen Partizipation hängt neben dem Lebensalter jedoch noch von zwei weiteren Faktoren ab, nämlich vom Bildungsniveau und von der Geschlechtszugehörigkeit (vgl. Tabelle 1). Angesichts der Bildungsexpansion und der Abschleifung der traditionellen Geschlechtsrollen könnte man von

Tabelle 1

Politisches Interesse nach Geschlecht, Bildungsniveau und Region
(Zeilenprozentwerte)

	Ost			West		
	Politisches Interesse			Politisches Interesse		
	niedrig	mittel	hoch	niedrig	mittel	hoch
Hauptschule						
Insgesamt	52,9	35,3	11,8	54,4	32,5	13,1
Weiblich	58,9	37,0	4,1	67,5	26,5	6,0
Männlich	49,6	34,4	16,0	43,5	37,6	18,9
Mittlere Reife						
Insgesamt	37,9	44,3	17,8	41,7	43,8	14,5
Weiblich	46,1	41,8	12,1	50,8	39,6	9,6
Männlich	29,9	46,8	23,3	31,5	48,4	20,1
(Fach) Abitur						
Insgesamt	24,8	40,2	35,0	24,8	44,0	31,2
Weiblich	29,0	44,7	26,3	33,4	46,1	20,5
Männlich	20,3	35,4	44,3	17,0	42,1	40,9
Insgesamt	35,3	42,4	22,3	38,6	40,8	20,6

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992

daher einen kräftigen Anstieg des politischen Interesses in der jüngeren Generation erwarten. Dies ist auch tatsächlich der Fall, jedoch nicht im erwarteten Ausmaß. Denn erstens blieb der Anstieg des politischen Interesses der jüngeren Kohorten hinter dem Anstieg in der Gesamtbevölkerung zurück, v.a. wenn man ihr höheres Bildungsniveau berücksichtigt. Und zweitens hat sich die Differenz zwischen den Geschlechtern im Verlauf der

letzten dreißig Jahre zwar eingegeben, verharrt jedoch auf einem relativ hohen Niveau. In den achtziger Jahren belief sie sich nach den Ergebnissen der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) in der alten Bundesrepublik in allen Alters- und Bildungsgruppen auf mindestens 10 %. Dies bestätigen auch die Daten des DJI-Jugend-surveys.

Damit hat sich die Erwartung nicht erfüllt, die Angleichung der Bildungschancen werde zu einer Einebnung geschlechtsspezifischer Differenzen im politischen Interesse und in der politischen Beteiligung führen. Nach wie vor weisen auch junge Frauen ein geringeres Interesse an der etablierten Politik und ein gesellschaftliches Engagement auf, das stärker auf das engere soziale Umfeld und weniger stark auf alltagsfernes politisches Handeln hin orientiert ist. Von daher liegt ihnen auch eine Beteiligung an den Neuen Sozialen Bewegungen und an unkonventionellen politischen Aktionsformen, z. B. die Teilnahme an Bürgerinitiativen, näher als konventionelle politische Partizipationsformen wie politische Diskussionen oder die Mitarbeit in politischen Parteien und Interessengruppen (Molitor, 1992: 156ff.). Die gilt zwar für die Wahlbeteiligung weniger als für weitergehende politische Beteiligungsformen. Dennoch lag aber die Wahlbeteiligung der Frauen bei der Bundestagswahl 1990 im alten Bundesgebiet auch in den beiden jüngsten Altersgruppen um etwas mehr als 3 % unter der der Männer (Mayer, 1991).

3. Politische Beteiligung

Mit der Studentenbewegung der 60er Jahre nahm in allen westlichen Demokratien die politische Aktivität vor allem junger Menschen sprunghaft zu. Dies äußerte sich in einer stärkeren Bereitschaft junger Menschen zur Beteiligung an direkten politischen Aktionen (Demonstrationen, Hausbesetzungen u.ä.) sowie in der Entstehung zahlreicher informeller politischer Gruppen, die zum Umfeld der sog. Neuen Sozialen Bewegungen zählen (u. a. Bürgerinitiativen, Umwelt-, Friedens- und Frauengruppen). Diese politische Mobilisierung galt vielen Beobachtern als Anzeichen für eine „partizipatorische Revolution“ (Kaase 1984), die den demokratischen politischen Prozeß in den westlichen Demokratien grundlegend verändern würde.

Nach der Aufbruchphase in den siebziger Jahren scheint sich dieser Trend inzwischen jedoch in sein Gegenteil verkehrt zu haben. Die öffentliche Diskussion des Verhältnisses Jugendlicher zur Politik kreist seit geraumer Zeit eher um die Schlagworte „Parteien- und Politikverdrossenheit“. Selbst die anfangs als neue Partizipationsstrukturen gerühmten Neuen Sozialen Bewegungen leiden heute unter Nachwuchsmangel, und das Mißtrauen gegenüber den etablierten Parteien ist beträchtlich.

Ein wichtiger Indikator für die Politikmüdigkeit der jüngeren Generation ist die deutlich gesunkene Wahlbeteiligung der Jungwähler (vgl. Hoffmann-Göttig 1989). So beteiligten sich in früheren Jahren bei den Jungwählern im Durchschnitt immer rund 6 % weniger an Wahlen als in der Gesamtwählerschaft. Bei der Bundestagswahl 1990 lag die Wahlbeteiligung der 21- bis 25jährigen jedoch bereits ganze 14,5 % unter dem Durchschnitt. Bei den Angehörigen jüngerer Alterskohorten in den neuen Bundesländern war sie mit 56,6 % bei den 18- bis 21jährigen und 54,5 % bei den 21- bis 25jährigen noch deutlich unter der der entsprechenden westdeutschen Altersgruppen (67,0 % und 63,6 %). Dies mag allerdings durch die spezifische Situation kurz nach der Vereinigung Deutschlands bedingt gewesen sein. Endgültige Schlüsse auf die zukünftig zu erwartende Wahlbeteiligung junger Menschen in den neuen Bundesländern lassen sich daraus noch nicht ziehen.

Politisch brisant ist dieses Faktum besonders deswegen, weil sich die Nichtwähler² in zunehmendem Maße aus der Gruppe der politisch informierten und interessierten Bürger zu rekrutieren scheinen. D.h. in der Wahlenthaltung artikuliert sich nicht nur politische Interesselosigkeit oder Gleichgültigkeit, sondern sie ist teilweise auch das Ergebnis einer bewußten Entscheidung (vgl. Feist 1992)³.

In der Diskussion um den Wandel der politischen Beteiligungsformen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, der im größeren Zusammen-

2 Nicht gemeint sind dabei die grundsätzlichen Nichtwähler wie z.B. die Zeugen Jehovas.

3 Aufgrund erster Auswertungen einer schriftlichen Befragung von mehr als 13 000 Stuttgarter Bürgern und Bürgerinnen im Jahr 1991 – dabei sind erst knapp 7000 Fragebogen ausgewertet worden – weisen die Nichtwähler zwar ein deutlich geringeres politisches Interesse auf, gleichwohl schätzen sich 74% von ihnen als politisch interessiert ein, 41% sogar als sehr stark oder stark interessiert (vgl. Eilfort 1992).

hang mit dem Wertewandel und der Veränderung sozialer Strukturen gesehen werden muß, richtet sich der Blick auch auf die organisatorischen Bindungen der Jüngeren, also ihre Mitgliedschaft in Parteien und Verbänden oder ihre Zugehörigkeit zu den Neuen Sozialen Bewegungen. Fast durchweg wird dabei beklagt, die Mitgliederzahlen Jugendlicher in politischen Parteien, Gewerkschaften und Jugendverbänden seien in jüngster Zeit dramatisch zurückgegangen. Allerdings konnte Niedermayer (1989: 83 ff.) nachweisen, daß der Rückgang in den Parteieintritten der jüngeren Alterskohorten ab Mitte der siebziger Jahre zumindest bei der SPD lediglich eine Rückkehr zu einer ausgewogeneren Altersstruktur bedeutete, da nach dem Regierungswechsel 1969 der Anteil jüngerer Parteimitglieder überproportional gestiegen war. Tatsächlich stabilisierte sich deren Anteil auf einem im Vergleich zum Zeitraum vor 1969 höherem Niveau. Langfristige Trendanalysen, die sowohl die Altersstruktur der verschiedenen Organisationen als auch den Organisationsgrad der verschiedenen Altersgruppen berücksichtigen, stehen bislang noch aus, so daß die These vom Rückzug der Jugend aus den etablierten Organisationen zu pauschal erscheint.

Die Klagen über den Rückgang der Mitgliedschaft junger Menschen in Parteien und Jugendorganisationen speisen sich neben den grundsätzlichen strukturellen Schwierigkeiten der Mobilisierung Jugendlicher für eine kontinuierliche Organisationsmitarbeit vor allem aus drei Trends. Der erste ist die Abnahme des Vertrauens in die etablierten politischen Akteure. Der zweite ist in der Tatsache zu suchen, daß sich seit den siebziger Jahren zahlreiche neue Organisationen gebildet haben, die dem Spektrum der Neuen Sozialen Bewegungen zuzurechnen sind und mit den seit langem etablierten Organisationen um Mitglieder konkurrieren. Der dritte Trend schließlich besteht darin, daß die Zunahme der Bereitschaft zu punktuellen politischen Aktivitäten nicht von einer entsprechenden Zunahme der Bereitschaft zur kontinuierlichen Mitarbeit in (politischen) Organisationen begleitet war. Dies stellt sowohl etablierte als auch neue Organisationen vor neuartige Organisationsprobleme. Während die kontinuierliche Organisationsarbeit wie früher von einem kleinen Stamm von Personen bewältigt werden muß, fluktuieren die Teilnehmerzahlen je nach Art der politischen Aktivität beträchtlich.

Unter den etablierten Organisationen haben nach den Ergebnissen des DJI-Jugendsurveys die Gewerkschaften die höchsten Mitgliederzahlen, wobei die geschlechtsspezifischen Unterschiede in den neuen Bundeslän-

dern geringer sind als in den alten. Sehr viel niedriger und ohne geschlechtsspezifische Differenzen liegen die Mitgliedschaftsquoten in den Jugendverbänden (West: 5,5 %; Ost: 2,8 %). Der deutlich niedrigere Organisationsgrad der Jugendverbände im Osten dürfte als Reaktion auf die Monopolstellung und politische Funktion der Freien Deutschen Jugend (FDJ) im ehemaligen DDR-Staat zu interpretieren sein (vgl. Melzer 1992: 104). Politische Parteien und Bürgerinitiativen⁴ weisen für die untersuchte Altersgruppe (16–29jährige) in beiden Regionen sehr niedrige Mitgliederzahlen (ca. 2 %) aus.

Zur politischen Aktivierung bedarf es in jedem politischen System eines Handlungsrahmens, wie ihn in repräsentativen Demokratien traditionell die Parteien und andere politischen Organisationen anbieten. Die politische Mitwirkung in etablierten Organisationen ist jedoch seit Ende der 60er Jahre durch neue Formen politischer Partizipation ergänzt worden. Die Erweiterung des politischen Partizipationsrepertoires durch unverfaßte, direkte Aktionsformen und das Aufkommen der sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen sprengte den institutionell vorgegebenen politischen Handlungsrahmen und wurde daher zunächst als Bedrohung des demokratischen Prozesses und als Ausdruck eines grundsätzlich systemfeindlichen politischen Protestes betrachtet. Wie die Political Action-Studie (vgl. Barnes/Kaase u. a. 1979, Jennings/van Deth u. a. 1990) jedoch zeigte, schließen sich traditionelle und neue Partizipationsformen gegenseitig nicht aus. Die direkten Beteiligungsformen wie beispielsweise Unterschriftensammlungen und Demonstrationen finden insbesondere bei der jüngeren Bevölkerung großen Anklang und erfreuen sich nach einem kurzfristigen Sympathieabschwung Anfang der 80er Jahre heute wieder einer breiten Zustimmung.

Vergleicht man die Bereitschaft zu verschiedenen politischen Aktivitäten sowie die Angaben zum tatsächlichen Verhalten (vgl. Tabelle 2), so weisen die Jugendlichen im Westen eine leicht höhere Wahlbereitschaft auf als ihre Altersgenossen im Osten. Ganz ähnlich, nur auf einem viel niedrigeren Niveau, ist das Verhältnis bei der Bereitschaft zum Engagement in

4 Da Bürgerinitiativen oft eine mehr oder weniger feste Organisationsstruktur aufweisen, die meist in eine Vereinsform mündet, werden sie in diesem Kontext zusammen mit konventionellen Organisationen thematisiert.

einer Partei, wobei sich Parteiarbeit in beiden Regionen nach wie vor als klare Männerdomäne erweist.

Die gravierendsten Unterschiede zwischen Ost und West ergeben sich bei der Bereitschaft zur Teilnahme an genehmigten Demonstrationen. Während 79 % der Ost-Jugendlichen daran teilnehmen würden, sind es im Westen nur 62 %, wobei in beiden Regionen diese Aktionsform bei der jüngsten Alterskohorte (16–17 Jahre) am populärsten ist. Auch andere direkte Aktionsformen wie Unterschriftensammlungen und Streiks finden im Osten mehr Anhänger als in den alten Bundesländern. Während sich die Jugendlichen im Westen etwas stärker als ihre östlichen Altersgenossen an konventionellen politischen Aktivitäten beteiligen, sind die östlichen Jugendkohorten also im Bereich der unkonventionellen Partizipationsformen aktiver.

4. Einstellungen zur etablierten Politik und Parteibindungen

Der Wertewandel hatte nicht nur Auswirkungen auf das politische Aktionsrepertoire in der jüngeren Generation, sondern schlug sich vor allem auch in ihrem Verhältnis zu den politischen Parteien nieder. Beim Wahlverhalten führte die Abnahme langfristiger Parteibindungen zu einer zunehmenden Orientierung an kurzfristigen Faktoren (vgl. Dalton/Rohrschneider, 1990; Pappi, 1990). Das heißt, daß die spezifischen Aspekte einer Wahl wichtiger geworden sind. Zu diesen gehören die aktuellen politischen Probleme (Issues), die Wahrnehmung der Kompetenz der Parteien und Kandidaten bis hin zu der wahrgenommenen politischen Bedeutung des Wahlausgangs. Dies bringt es einmal mit sich, daß das Wahlverhalten in der jüngeren Generation von Wahl zu Wahl stärker schwankt als das der älteren Kohorten, und daß die Jungwähler auch eher geneigt sind, mit ihrer Wahlstimme zu „experimentieren“, indem sie die Partei wechseln oder sogar neue und noch nicht etablierte Parteien wählen. Von daher sank der Stimmenanteil für die vier etablierten Parteien (CDU, CSU, SPD, FDP) bei ihnen besonders stark und betrug 1990 nur noch 83,5 % im Vergleich zu 90,8 % insgesamt (vgl. Mayer, 1991). Die zunehmende Orientierung an Sachfragen beinhaltet aber auch die Option, überhaupt nicht zur Wahl zu gehen. Von daher muß der überproportionale Rückgang der Wahlbeteiligung in den

jüngsten Altersgruppen im Zusammenhang mit deren zunehmend rational bestimmtem Wahlverhalten gesehen werden und bedeutet nicht notwendigerweise eine dauerhafte Abkehr von der Politik (vgl. Roth, 1992).

Auch unser Jugendsurvey bestätigt eine beträchtliche Distanz der befragten jungen Menschen zur etablierten Politik. Nur ein knappes Drittel in den alten und sogar nur ein Viertel in den neuen Bundesländern äußerten großes Vertrauen in die Bundesregierung (West: 30,6 %; Ost: 25,7 %) und sogar nur 23,4 % bzw. 18,9 % setzten großes Vertrauen in die Parteien⁵. Wie wir aus vielen anderen Studien wissen, in denen ähnliche Vertrauensfragen gestellt wurden, haben diese Werte in den letzten zwanzig Jahren kontinuierlich abgenommen (vgl. hierzu auch Veen 1986).

Eine Reihe von Items, die der in der Shell-Studie (vgl. Fischer/Zinnecker 1992) zur Messung „Politischer Entfremdung“ verwendeten Skala in etwa entsprechen, ergab auch im DJI-Jugendsurvey geringe Werte des Vertrauens in die Bereitschaft der Politiker, sich an den Wünschen der Bürger zu orientieren. All diese Indikatoren deuten tatsächlich darauf hin, daß die Kritikbereitschaft an der etablierten Politik gerade bei den Angehörigen der jungen Generation stark zugenommen hat. Zwar geben immer noch über 90 % der Befragten (93,9 % und 90,8 %) an, daß die Teilnahme an Wahlen für sie in Betracht komme, aber fast ein Drittel (29,2 % und 30,0 %) ist durchaus bereit, bewußte Wahlabstinenz zu üben, und ein Fünftel (20,3 %; 22,5 %) würde auch die Wahl einer extremen Partei in Betracht ziehen.

Nicht zuletzt hat die Zunahme von Wählerkritik an den etablierten politischen Parteien innerhalb der letzten zehn bis fünfzehn Jahre in Deutschland eine Ausdifferenzierung des Parteiensystems mit sich gebracht, die sich in Wählerstimmen für eine im Vergleich zu früher größeren Anzahl von Parteien niederschlägt. Zunächst erzielten die Grünen seit Beginn der achtziger Jahre Wahlerfolge, die sie über die 5%-Hürde brachten, und seit Ende der 80er Jahre konnten auch die Republikaner in eine Reihe von Landesparlamenten einziehen. Mit der deutschen Vereinigung ist schließlich noch die PDS als eine weitere politische Kraft hinzugetreten.

5 Diese Ergebnisse basieren auf einer siebenstufigen Vertrauensskala, die von 1 (überhaupt kein Vertrauen) bis 7 (sehr großes Vertrauen) reicht. Die Werte wurden folgendermaßen zusammengefaßt: 1-3 = wenig Vertrauen, 4 = mittleres Vertrauen, 5-7 = großes Vertrauen.

Da politische Parteien organisatorische Kristallisationskerne für die Konstituierung politischer Orientierungsgemeinschaften sind, sind durch die Gründung neuer Parteien Protestpotentiale gebunden, aber auch stabilisiert worden. Von daher erscheint es sinnvoll, die Parteipräferenzen der befragten jungen Menschen und ihren Zusammenhang mit anderen politischen Orientierungen zu untersuchen, um die über die Parteien gebundenen Konfliktpotentiale bestimmen zu können. Dies ist gleichbedeutend mit der Frage, ob und inwieweit das deutsche Parteiensystem in der Lage ist, junge Menschen in das politische System zu integrieren.

Die Parteipräferenz wurde im DJI-Jugendsurvey mit Hilfe des in der politischen Meinungsforschung vielfach verwendeten Parteienskalometers erfaßt, bei dem die Befragten gebeten werden, ihre Sympathie für sieben politische Parteien auf einer Skala von +5 bis -5 auszudrücken. Dabei lag die Zahl der Befragten, die keine Einstufung aller sieben Parteien vornehmen konnten oder wollten, mit insgesamt 61 Befragten unter 1 %, also sehr niedrig. Bei der Bildung der Variablen „Parteipräferenz“ wurden die Einstufungen der CDU/CSU zusammengefaßt, da erfahrungsgemäß ein großer Teil der Unionsanhänger diese beiden Parteien gleich einstuft (vgl. Schaubild 1, Seite 22).

Zunächst zeigt sich, daß 28,1 % in den alten und 29,7 % in den neuen Bundesländern keinen eindeutigen ersten Rang für eine der Parteien vergaben. Diese Gruppe von fast einem Drittel der Befragten verteilt sich auf alle möglichen Kombinationen von Parteisymphathien. Wichtig erscheint, daß nur ein Drittel davon, also ca. 10 % der Befragten insgesamt, ausschließlich negative Werte für alle Parteien vergaben.

Der Anteil von fast einem Drittel ohne Parteipräferenz liegt über den Werten für Anfang der achtziger Jahre, als beispielsweise in der ALLBUS-Befragung von 1980 nur 22,6 % der Befragten unter 30 Jahren keinen eindeutigen ersten Rang vergaben. Betrachtet man die Parteipräferenzen im einzelnen, so ist der Bedeutungsverlust der großen Volksparteien nach unseren Daten eklatant. Nur noch 41,0 % der Befragten in den alten und 30,3 % in den neuen Ländern vergaben einen ersten Rangplatz für die Unionsparteien oder die SPD, wobei beide etwa gleich stark bzw. schwach sind. Demgegenüber sind Bündnis '90/Grüne bei den jungen Menschen genauso beliebt wie die traditionellen Großparteien. FDP, PDS und Republikaner erreichen zwar deutlich geringere Anteile, sind jedoch hinreichend stark vertreten. Da vermutlich ein gewisser Teil derjenigen ohne eindeutige

Parteipräferenz sich an Wahlen durchaus beteiligen würde, läßt sich vermuten, daß alle sechs Parteien bei der untersuchten Altersgruppe über 5 % der Stimmen kämen, wobei die PDS allerdings nur im Osten ein relevanter Faktor ist.

Die Selbsteinstufung der Befragten auf der Links-rechts-Skala zeigt eine klare Anordnung der verschiedenen Parteianhängergruppen auf der Links-rechts-Dimension⁶. Die Lokalisierung der Parteianhängerschaften entspricht ziemlich genau derjenigen von Anfang der achtziger Jahre (vgl. Hoffmann-Lange 1992: 251), nur daß damals lediglich vier Parteien eine Rolle spielten, während jetzt auf der Linken noch die PDS und auf der Rechten die Republikaner hinzugetreten sind. Dies hat zu einer Erweiterung des politischen Spektrums geführt.

Folgende Mittelwerte ergaben sich für die Anhängerschaften der verschiedenen Parteien, wobei die Extremwerte bei 1 (links) und 10 (rechts) liegen :

	Ost	West
PDS	3,6	2,7
Bündnis '90/Grüne	4,4	4,2
SPD	4,6	4,5
FDP	5,4	5,6
CDU/CSU	6,4	6,4
Republikaner	7,9	7,3

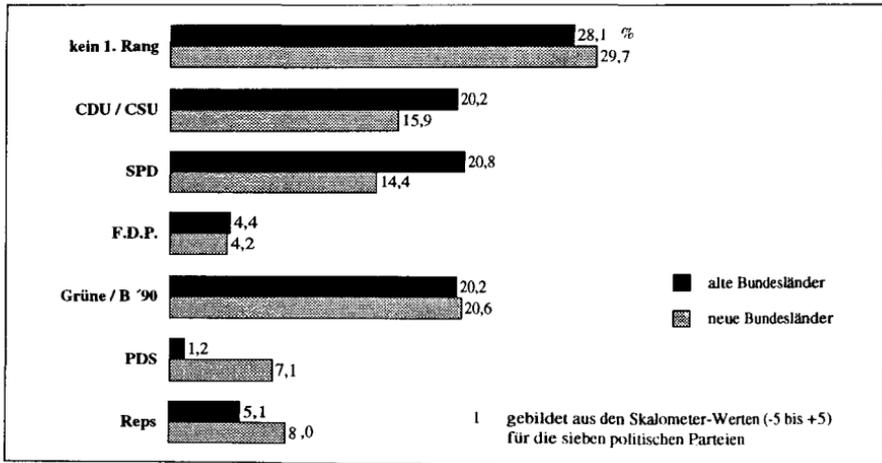
6 Diese wurde gemessen, indem den Befragten eine zehnstufige Skala vorgelegt wurde, die von Skalenwert 1 (links) bis Skalenwert 10 (rechts) reichte. Auch hier war der Anteil derjenigen, die eine solche Selbsteinstufung nicht vornahmen, sehr gering. Die Verteilung der Befragten auf der Links-rechts-Skala entspricht fast genau einer Normalverteilung, d.h. das Gros der Befragten stuft sich auf einer ideologischen Mittelposition ein, und die Anteile nehmen nach links und rechts hin kontinuierlich ab. Faßt man jeweils zwei Skalenpunkte zusammen, so ergeben sich in Ost und West die folgenden Verteilungen:

	Ost		West	
	n	%	n	%
<i>links</i>	158	6,2	273	6,2
<i>eher links</i>	665	26,3	1261	28,3
<i>Mitte</i>	1206	47,6	2022	45,3
<i>eher rechts</i>	392	15,5	736	16,5
<i>rechts</i>	109	4,3	169	3,8
<i>Insgesamt</i>	2564	99,9	4526	100,1

Schaubild 1

Parteipräferenzen in den neuen und den alten Bundesländern

gebildet aus den Skalometerwerten (-5 bis +5) für die sieben politischen Parteien (Angaben in Prozent)



Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992

Die politischen Konfliktpotentiale zwischen den verschiedenen Gruppen von Parteianhängern lassen sich aus den durchschnittlichen Skalometerwerten für die jeweils eigene und die anderen Parteien ablesen. Dabei zeigt sich die klare Außenseiterposition von PDS und Republikanern. Diese Parteien werden von den Anhängern der übrigen Parteien durchweg sehr negativ bewertet. Auch die Polarisierung zwischen den Unionsparteien und der SPD hat sich in den alten Bundesländern gegenüber den siebziger und achtziger Jahren etwas erhöht⁷.

⁷ Unionsanhänger stufen die SPD mit -0,9 etwa gleich ein wie 1982 mit -1,3 (1972: -0,2), während umgekehrt die SPD-Anhänger die CDU mit -2,6 deutlich schlechter bewerten als 1982 (-0,7 und -2,0; 1972: -0,8 und -1,8). Die Einstufung der FDP liegt bei den Anhängern von Unionsparteien, SPD und Grünen/Bündnis '90 im schwach negativen Bereich. Der Wert der Unionsanhänger von -0,1 für die FDP und der FDP-Anhänger von -0,7 bzw. -1,7 für die Unionsparteien zeigt, daß die Solidarität innerhalb der Regierungskoalition zumindest bei den jungen Menschen nicht besonders groß ist, während sowohl 1972 als auch 1982 SPD- und FDP-Anhänger die jeweilige Koalitionspartei eindeutig positiv bewertet hatten (1982: +1,1 und +1,2; vgl. Hoffmann-Lange, 1992: 218).

Was sich gegenüber den siebziger und achtziger Jahren jedoch am deutlichsten verändert hat, sind die schwächeren Sympathien für die eigene Partei. Während damals die durchschnittlichen Sympathiewerte der Parteianhänger für die eigene Partei in der Größenordnung von über +3 lagen (Ausnahme: FDP-Anhänger 1982 mit +2,7), sind sie inzwischen auf Werte von ca. +2,5 gesunken. Dies kann als ein Indikator für die zunehmende Distanz zu den politischen Parteien betrachtet werden.

Aber auch wenn die Bindungen an die politischen Parteien rückläufig sind, bedeutet dies durchaus nicht gleichzeitig, daß die Parteien keine relevanten Bezugsgrößen mehr für die Jugendlichen darstellen. Nach wie vor wird der politische Diskurs in Deutschland durch die Parteien geprägt, was sich in durchweg deutlichen Einstellungsunterschieden zwischen den verschiedenen Gruppen von Parteianhängern in Einzelfragen niederschlägt.

Beispielsweise hängt die Wahrnehmung von Vor- bzw. Nachteilen durch die Vereinigung Deutschlands relativ eng mit der Parteipräferenz zusammen. Im Westen nimmt über die Hälfte (52,8 %) der Anhänger der Republikaner Nachteile wahr, im Osten ist der entsprechende Anteil bei den PDS-Anhänger mit 38,9 % am höchsten. Beide Parteien dienen also dazu, in den alten bzw. in den neuen Bundesländern Protest gegen die negativen Auswirkungen der Vereinigung zu kanalisieren. Dieser Eindruck wird durch die Werte für die Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen unterstrichen. Sowohl die Werte der PDS- als auch die der Republikaner-Anhänger liegen in beiden Teilen Deutschlands deutlich unter dem Durchschnitt, und zwar insbesondere, was die finanzielle Lage sowie die berufliche und soziale Sicherheit der Befragten angeht. Insofern läßt sich erwarten, daß die Unterstützung für diese beiden Protestgruppen erhalten bleibt, solange die materiellen Folgen der Vereinigung Deutschlands nicht bewältigt worden sind. Und gleichzeitig zeigt sich, daß das Parteiensystem Deutschlands bislang flexibel auf politische Veränderungen reagiert hat und damit offensichtlich in der Lage ist, Protestpotentiale aufzufangen und in den politischen Prozeß einzubinden.

Gleichzeitig ist die Unterstützung für die Idee der Demokratie in der jüngeren Generation jedoch fast universell und auch die Zufriedenheit mit der Demokratie ist relativ hoch, auch wenn sie in den neuen Bundesländern deutlich niedriger liegt (West: 75,6 %; Ost: 61,8 %). Das geringe Ansehen der politischen Parteien hat also keine Auswirkungen auf die Unterstützung für die Demokratie als Regierungsform. Die verbreitete Skepsis

gegenüber Politikern und Parteien, die in der Gruppe der Jüngeren und Hochgebildeten am weitesten verbreitet ist, kann daher keinesfalls mit einer demokratiefeindlichen Haltung gleichgesetzt werden (vgl. Schmidtchen 1983).

Die subjektive Distanz, die viele junge Menschen gegenüber den etablierten politischen Parteien empfinden, hat auch nicht dazu geführt, daß diese in ihrem Wahlverhalten fundamental vom Durchschnitt abweichen. Bei der Bundestagswahl 1990 stimmten die Erstwähler vielmehr nur geringfügig unterdurchschnittlich für die Regierungsparteien. Gleichzeitig hat die SPD ihre in den siebziger Jahren führende Rolle in dieser Altersgruppe fast vollständig eingebüßt und erzielte hier nur geringfügig überdurchschnittliche Ergebnisse, während die Grünen, aber auch die Republikaner einen überproportionalen Anteil der Erstwählerstimmen mobilisieren konnten. Der Zulauf, den die Rechtsparteien auch von jungen Menschen haben, zeigt aber, daß es keinen Automatismus einer Entwicklung zugunsten „linker“ Parteien in der jungen Generation gibt.

5. Gewaltbereitschaft

Politisch motivierte Gewalt unterscheidet sich von anderen Formen der Gewalt vor allem dadurch, daß es sich dabei um Gewaltanwendung zur Durchsetzung politischer Ziele handelt. Die öffentliche Diskussion um politisch motivierte Gewalt dreht sich dabei in der Regel um die Bestimmung der Höhe des Anteils von Bürgern, die zum Rückgriff auf Gewalt bereit sind. Dies ist u. E. aus mehreren Gründen unsinnig. Erstens wird dabei in der Regel unterstellt, daß die verbale Zustimmung zu gewaltförmigen Aktionen direkt mit tatsächlichem Gewalthandeln gleichgesetzt werden kann. Tatsächlich mißt man mit Fragen nach der Gewaltbereitschaft jedoch eher die Billigung des Einsatzes von Gewalt als Mittel politischer Zielerreichung. Wie die Zahlen in Tabelle 2 zeigen, klaffen Gewaltbereitschaft und tatsächliche Beteiligung an gewalttätigen Aktionen weit auseinander.

Zum zweiten sind Zahlen über Gewaltpotentiale primär als relative Größenordnungen zu interpretieren, d.h. sie machen eigentlich nur im internationalen Vergleich bzw. im Zeitverlauf Sinn, während ihre absolute Größenordnung wegen der damit verbundenen Meßprobleme eher irreführend ist⁸. Und schließlich ist aus der Gewaltforschung bekannt, daß bei

Tabelle 2

**Einstellungen der Jugendlichen
zu verschiedenen Partizipationsformen**

Verhaltensbereitschaften und tatsächliches Verhalten
im Ost-West-Vergleich (in %)

Partizipationsformen	Verhaltensbereitschaften		Tatsächliches Verhalten	
	Ost	West	Ost	West
Beteiligung an Wahlen	90,8	93,9	70,7	81,9
In eine Partei eintreten und aktiv mitarbeiten	21,1	23,5	4,5	2,7
Mitarbeit in einer Bürgerinitiative	39,6	44,7	4,3	7,0
Beteiligung an einer Unterschriftensammlung	83,3	77,4	52,0	49,1
Teilnahme an einer genehmigten Demonstration	79,0	62,1	50,6	28,8
Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration	37,4	26,6	20,5	8,5
Wilder Streik	16,4	12,0	1,6	1,0
Hausbesetzung	19,2	12,3	2,8	2,0
Boycott	28,6	31,7	3,6	9,8
Gewalt gegen Sachen	12,2	7,0	3,7	1,8
Gewalt gegen Personen	12,4	6,9	2,9	1,0

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992

8 Da gesellschaftliche Gewaltanwendung zu den Tabubereichen gehört, ergeben sich bei der Erhebung der Gewaltbereitschaft in Umfragen immer erhebliche Ungenauigkeiten. Ferner hängen die gefundenen Anteilswerte sehr stark von den in die Umfrage jeweils einbezogenen Items ab, und zwar sowohl von der Qualität als auch von der Stärke der Stimuli. Die Qualität richtet sich dabei auf die in Betracht gezogenen Formen der Gewalt, die beispielsweise zwischen linken und rechten Gruppen stark differieren. Die Stärke der Stimuli bezieht sich darauf, ob die in der Frage vorgegebenen Formen des Einsatzes von Gewalt eher schwacher Natur sind (z.B. Einschlagen einer Fensterscheibe) oder aber harte Gewalttätigkeit wie z.B. tätliche Angriffe auf Personen betreffen.

gewalttätigen Aktionen situative Faktoren eine nicht unerhebliche Rolle spielen (vgl. Eckert 1992: 85).

Im Zentrum der öffentlichen Gewaltdebatte standen während der vergangenen 25 Jahre vor allem Protestaktionen der Linken, die sich gegen die Gefährdung des Friedens, gegen die Bedrohung der Umwelt, gegen Beeinträchtigungen im lokalen Lebensraum (z. B. durch Luxussanierungen von Stadtteilen) und gegen Akte wirklichen und vermeintlichen staatlichen Unrechts richteten. An diesen Aktionen beteiligten sich vor allem Personen aus dem Umfeld der sog. Neuen Sozialen Bewegungen.

Die rechtsextreme Szene war demgegenüber jahrelang zahlenmäßig schwach und ideologisch zersplittert. Mit einer Reihe von Organisationsgründungen und personellen Zusammenschlüssen versuchten rechte Gruppen erst in den siebziger und achtziger Jahren, das Gesetz des Handelns auch für sich wieder in Anspruch zu nehmen. Während sich die Skinheadszene in Westdeutschland Anfang der achtziger Jahre aus einer unpolitischen Subkulturbewegung heraus entwickelte und erst später durch die gezielte Beeinflussung von seiten rechtsextremistischer Gruppen zunehmend politisiert wurde, verstanden sich die Skinheads in Ostdeutschland bereits zu DDR-Zeiten als neofaschistische Opposition zum kommunistischen Herrschaftssystem. Insofern ist ihr Politisierungsgrad auch heute noch höher und der Rückgriff auf neonazistisches Gedankengut ist bei ihnen stärker ausgeprägt als bei ihren westdeutschen Gesinnungsgenossen. In den letzten Jahren wurden dann die Ausländerproblematik und die Verschärfung der Asylfrage zum beherrschenden Agitationsthema der Rechten.

Um zunächst einen Anhaltspunkt für die Bereitschaft zur Beteiligung an Aktionen des zivilen Ungehorsams zu gewinnen, wurde ein Index gebildet, in den die sechs Verhaltensbereitschaften eingingen, die sich am Ende von Tabelle 2 befinden: Teilnahme an nicht genehmigten Demonstrationen⁹, wilden Streiks, Hausbesetzungen, Boykott sowie an Aktionen, bei denen Sachbeschädigungen bzw. Gewalt gegen Personen nicht auszuschlie-

⁹ *Demonstrationen sind in der Bundesrepublik nicht genehmigungspflichtig. Sie müssen jedoch bei der zuständigen Behörde angemeldet werden. Diese kann aus Gründen der öffentlichen Ordnung zeitliche und/oder örtliche Auflagen für deren Durchführung erlassen. Demonstrationen, die nicht angemeldet wurden bzw. bei denen solche Auflagen nicht berücksichtigt werden, sind illegal. Umgangssprachlich wird in solchen Fällen von einer „nicht genehmigten“ Demonstration gesprochen.*

Ben sind. Etwa die Hälfte der Befragten des DJI-Jugendsurveys schließt nicht aus, zur Durchsetzung eines wichtigen politischen Anliegen auch auf solche am Rande der Legalität liegenden Aktionsformen zurückzugreifen. Dabei ist in den neuen Bundesländern die Bereitschaft zur Teilnahme ausgeprägter als in den alten. Auch ist der Zusammenhang mit den politisch-ideologischen Orientierungen der Befragten beträchtlich. Über zwei Drittel der sich selbst ganz links verortenden Befragten zeigen die entsprechenden Verhaltensbereitschaften gegenüber nur etwa 40 % derjenigen, die sich selbst der Mitte des politischen Spektrums zuordnen. Und noch deutlicher steigt die Bereitschaft zu solchen Aktionen bei den ganz rechts Orientierten insbesondere in den neuen Bundesländern an. Dort ist sie mit 83,5 % sogar höher als auf der Linken. Dieser ausgeprägte kurvilineare Zusammenhang steht in deutlichem Gegensatz zu dem früher üblichen Muster, nach dem die Bereitschaft zu direkten politischen Aktionen kontinuierlich abnahm, je weiter man sich vom linken in den rechten Teil des politischen Spektrums bewegte¹⁰.

Im DJI-Jugendsurvey wurde zur Messung der direkten Gewaltbereitschaft ein sehr weiter und daher „weicher“ Gewaltbegriff verwendet. Als „gewaltbereit“ wurden alle Befragten eingestuft, die sich zur Teilnahme an Aktionen bereit erklärten, bei denen es zu Sachbeschädigungen bzw. zu Gewalt gegen Personen kommen kann. Nach der persönlichen Beteiligungsbereitschaft an Gewalthandlungen wurde absichtlich nicht direkt gefragt, um keine Widerstände auf seiten der Befragten hervorzurufen. Nach dieser Definition können 10,3 % der Jugendlichen in den alten und 15,8 % in den neuen Bundesländern als „gewaltbereit“ betrachtet werden.

Aussagekräftiger als diese Prozentwerte ist allerdings der Zusammenhang, den diese Variable mit anderen aufweist. Zunächst erweist sich, daß die Gewaltbereitschaft in der jüngsten Befragtengruppe am höchsten ist und dann mit zunehmendem Alter kontinuierlich zurückgeht. Dieser Zusammenhang mit dem Alter ist aus allgemeinen Bevölkerungsumfragen bekannt (vgl. Kaase/Neidhardt 1990) und entspricht auch der Erfahrung, daß ganz junge Menschen überproportional an gewalttätigen politischen Ausschreitungen beteiligt sind.

¹⁰ Vgl. die Ergebnisse von Kaase/Neidhart (1990: 35, 252) für 1989; vgl. ferner IPOS, Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik, Mannheim 1989.

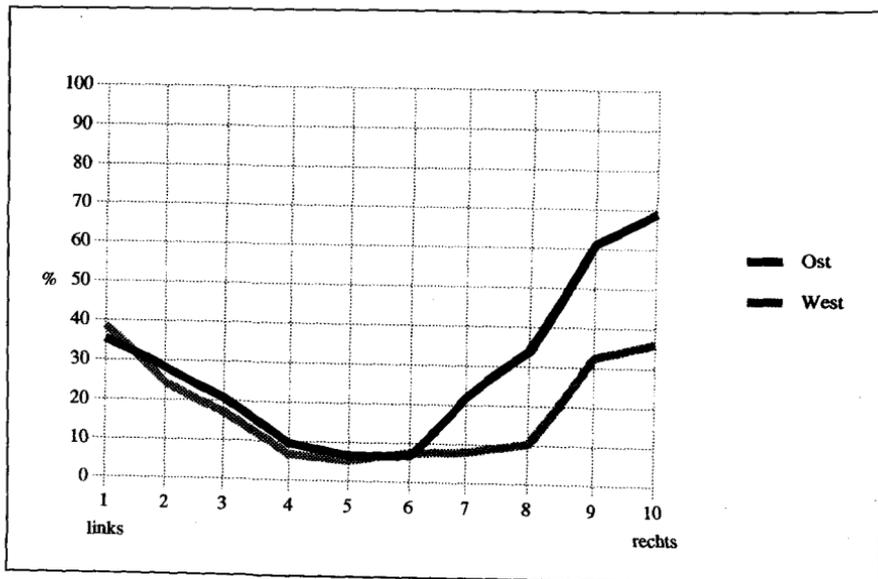
Ein enger Zusammenhang ergibt sich auch zum Geschlecht. Die Gewaltbereitschaft liegt bei den weiblichen Befragten deutlich unter der bei den männlichen. Und schließlich zeigt sich erneut ein kurvilinearere Zusammenhang zur ideologischen Orientierung (vgl. Schaubild 2). Insbesondere bei den rechtsorientierten Jugendlichen in den neuen Bundesländern steigt die Gewaltbereitschaft stark an.

Im allgemeinen kann man davon ausgehen, daß rechtsorientierte Personen eher für staatliche bzw. polizeiliche Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung eintreten und direkte politische Aktionen zur Durchsetzung politischer Ziele ablehnen. Sie betrachten die Ausübung von Gewalt durch die Bürger lediglich als ein letztes Mittel, wenn in ihren Augen die Staatsorgane versagt haben. Linksorientierte Personen sehen in direkten politischen Aktionen bzw. im politischen Protest hingegen ein

Schaubild 2

Zusammenhang zwischen Links-rechts-Orientierung und Gewaltbereitschaft im Ost-West-Vergleich

(in %)



Quelle: DJI-Jugendsurvey

normales Mittel zur Durchsetzung politischer Forderungen. Von daher ist rechte Gewaltbereitschaft mehr als linke ein Indiz für eine Aushöhlung der Legitimität des Staates. Die Zunahme der Bereitschaft zu direkten und teilweise auch illegalen Aktionen auf seiten der „Rechten“, die sich aus den DJI-Daten ablesen läßt, stellt also ein qualitativ neues Phänomen in der deutschen Politik dar. Andererseits muß man jedoch sehen, daß die entsprechende Gruppe prozentual relativ klein ist: Lediglich 4,3 % der befragten Jugendlichen im Osten und 3,8 % im Westen rechnen sich selbst der äußersten Rechten zu.

Literatur

Barnes, Samuel H., Max Kaase u. a., 1979 *Political Action*. Beverly Hills: Sage Publications.

Bürklin, Wilhelm, 1992: Gesellschaftlicher Wandel, Wertewandel und politische Beteiligung. In: Karl Starzacher, Konrad Schacht, Bernd Friedrich, *Thomas Leif* (Hrsg.), *Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie?* Köln: Bund-Verlag, S. 18–39.

Dalton, Russell J., Robert Rohrschneider, 1990: Wählerwandel und die Abschwächung der Parteineigungen von 1972 bis 1987. In: Max Kaase, *Hans-Dieter Klingemann* (Hrsg.), *Wahlen und Wähler*. Opladen. Westdeutscher Verlag, S. 297–324.

Eckert, Roland, 1992: Politische Beteiligung, Proteste und Gewalttätigkeit. In: Karl Starzacher, Konrad Schacht, Bernd Friedrich, *Thomas Leif* (Hrsg.), *Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie?* Köln: Bund-Verlag, S. 77–93.

Eilfort, Michael, 1992: Sind Nichtwähler auch Wähler? In: Karl Starzacher, *Konrad Schacht, Bernd Friedrich, Thomas Leif* (Hrsg.), *Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie?* Köln: Bund-Verlag, S. 169–175.

Feist, Ursula, 1992: Niedrige Wahlbeteiligung – Normalisierung oder Krisensymptom der Demokratie in Deutschland? In: Karl Starzacher, *Konrad Schacht, Bernd Friedrich, Thomas Leif* (Hrsg.), *Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie?* Köln: Bund-Verlag, S. 40–57.

Fischer, Arthur, Jürgen Zinnecker, 1992: Einleitendes zur Jugendstudie 1992. In: *Jugendwerk der Deutschen Shell* (Hrsg.), *Jugend '92*. Band 1. Opladen: Leske + Budrich, S. 9–22.

Hoffmann-Lange, Ursula, 1992: Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik. Opladen: Leske + Budrich.

Hoffmann-Lange, Ursula, Martina Gille, Helmut Schneider, 1993: Das Verhältnis von Jugend und Politik in Deutschland. Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 19/93, S. 3–12.

Hofmann-Göttig, Joachim, 1989: Die jungen Wähler in der Bundesrepublik Deutschland (1953–1989). In: Materialien des SPD-Bundesvorstandes. Bonn.

Inglehart, Ronald, 1989: Kultureller Umbruch. Frankfurt a.M.: Campus.

Jennings, M. Kent, Jan W. van Deth u. a., 1990: Continuities in Political Action. Berlin/New York: Walter de Gruyter.

Kaase, Max, 1984: The Challenge of the „Participatory Revolution“ in Pluralist Democracies. International Political Science Review, Jg. 5, S. 299–318.

Kaase, Max, Friedhelm Neidhardt, 1990: Politische Gewalt und Repression. Berlin: Duncker & Humblot.

Klages, Helmut, Willi Herbert, 1983: Wertorientierung und Staatsbezug. Frankfurt a.M.: Campus.

Mayer, Hans-Ludwig, 1991: Wählerverhalten bei der Bundestagswahl 1990 nach Geschlecht und Alter. Wirtschaft und Statistik, Heft 4, S. 248–260 und 138–141.

Melzer, Wolfgang, 1992: Jugend und Politik. Opladen: Leske + Budrich.

Molitor, Ute, 1992: Wählen Frauen anders? Baden-Baden: Nomos.

Niedermayer, Oskar, 1989: Innerparteiliche Partizipation. Opladen.

Pappi, Franz Urban, 1990: Klassenstruktur und Wahlverhalten im sozialen Wandel. In: Max Kaase, Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Opladen. Westdeutscher Verlag, S. 15–30.

Roth, Dieter, 1992: Sinkende Wahlbeteiligung – eher Normalisierung als Krisensymptom. In: Karl Starzacher, Konrad Schacht, Bernd Friedrich, Thomas Leif (Hrsg.), Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie? Köln: Bund-Verlag, S. 58–68.

Schmidtchen, Gerhard, 1983: Jugend und Staat, in: Matz, Ulrich/Schmidtchen, Gerhard: Gewalt und Legitimität. Opladen, S. 106–437.

Veen, Hans-Joachim, 1986: Die neue Spontaneität – Empirische Ergebnisse zur Erosion des institutionellen Bewußtseins bei Jüngeren, in: Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): Wahrheit statt Mehrheit? München, S. 105–123.